

Alle zwei Wochen neu: Das Wichtigste aus dem Familienrecht



Sehr geehrte Damen und Herren,

im deutschen Abstammungsrecht ist, anders als im Ausland, eine gemeinsame **Elternschaft gleichgeschlechtlicher weiblicher Paare** nicht vorgesehen: § 1591 BGB ordnet die rechtliche Mutterschaft der Frau zu, die das Kind geboren hat. § 1592 Nr. 1-3 BGB regelt die Vaterzuordnung. Die Vorschrift kann weder direkt (Wortlaut: „Mann“) noch analog (mangels planwidriger Regelungslücke: [BGH, FamRZ 2018, 1919, m. Anm. Coester-Waltjen](#)) auf die Zuordnung der Partnerin der Geburtsmutter angewandt werden. Es bleibt daher **nur der Weg über die Adoption**, der aber nicht für jede Situation eine angemessene Lösung darstellt.

Das geltende Recht steht, so die Schlussfolgerung vieler, mit dem Grundgesetz in Widerspruch. Das *OLG Celle* und das *Kammergericht*, die diese Ansicht teilen, haben daher die Frage der Vereinbarkeit des gegenwärtigen Rechts mit dem GG dem *BVerfG* in zwei unterschiedlich begründeten, aber jeweils sehr gründlich erarbeiteten Vorlageentscheidungen vorgelegt ([OLG Celle, Beschluss v. 24.3.2021 - 21 UF 146/20](#); [KG, Beschluss v. 24.3.2021 - 3 UF 1122/20](#)). Die Entscheidungen werden in Heft 11, das am 1. Juni erscheint, näher gewürdigt (*Reuß, FamRZ 2021, 824*).

Das *BVerfG* kann nun erneut zum „Motor der Familienrechtsentwicklung“ werden, da der Gesetzgeber trotz großartiger Vorarbeiten z.B. des [Arbeitskreises Abstammungsrecht](#) und trotz [vielfacher gesetzgeberischer Initiativen](#) seiner gestalterischen Aufgabe bislang nicht nachkommt.

Professor Dr. Philipp *Reuß*, M.Jur. (Oxford)
Universität Göttingen

"Steuerlicher Notfalkoffer fürs Familienrecht"
FamRZ-Online.Seminar in Kooperation mit der GJI

JETZT ANMELDEN

Nachrichtenübersicht:

Bundesrat billigt höhere Strafen für Kindesmissbrauch

Bundesrat stimmt der Reform der Kinder- und Jugendhilfe zu

EU-Umfrage zum Schutz schutzbedürftiger Erwachsener

BGH: Anhörungspflicht nach Bekanntgabe des Sachverständigengutachtens - Zweifel an Geschäftsfähigkeit bei Erteilung einer Vorsorgevollmacht

OLG Nürnberg: Keine familiengerichtliche Entscheidung über Kindesschutzanträge gegen Maskenpflicht an Schulen

Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen: Kostentragung Dritter bei ins Internet eingestellten Musteranträgen gegen Maskenpflicht an Schulen

Aus dem Heft: Erste Ergebnisse der Studie „Familienmodelle in Deutschland“ (FAMOD)

Die FamRZ online lesen: Mit FamRZ-digital!
Testen Sie die Zeitschrift 3 Monate zum vergünstigten Preis.

Bundesrat billigt höhere Strafen für Kindesmissbrauch

In seiner Sitzung am 7.5.2021 hat der Bundesrat den Gesetzesbeschluss des Bundestages zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder gebilligt. Das Gesetz sieht ein Bündel von Maßnahmen vor - insbesondere Verschärfungen des Strafrechts.

[mehr](#)

Bundesrat stimmt der Reform der Kinder- und Jugendhilfe zu

In seiner Sitzung am 7.5.2021 hat der Bundesrat der vom Bundestag verabschiedeten Reform der Kinder- und Jugendhilfe zugestimmt. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz soll Minderjährige aus einem belastenden Lebensumfeld, die in Heimen oder Pflegefamilien leben, besser schützen und ihnen mehr Chancen auf Teilhabe geben.

[mehr](#)

EU-Umfrage zum Schutz schutzbedürftiger Erwachsener

Im Februar 2021 hat die Europäische Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, um den Bedarf an einem effektiveren Rechtsschutz für schutzbedürftige Erwachsene in der Europäischen Union zu ermitteln. Als Teil dieser Studie wurde nun eine Umfrage online veröffentlicht, die sich an alle Rechtspraktiker richtet, die in diesem Bereich tätig sind.

[mehr](#)

BGH: Anhörungspflicht nach Bekanntgabe des Sachverständigengutachtens - Zweifel an Geschäftsfähigkeit bei Erteilung einer Vorsorgevollmacht

Lesen Sie auf famrz.de bereits jetzt die Leitsätze zum *BGH*-Beschluss v. 10.3.2021 - XII ZB 462/20. Die Entscheidung erscheint in FamRZ 2021, Heft 13.

[mehr](#)

OLG Nürnberg: Keine familiengerichtliche Entscheidung über Kindesschutzanträge gegen Maskenpflicht an Schulen

Lesen Sie auf famrz.de bereits jetzt die Leitsätze zu den Beschlüssen des *OLG Nürnberg* v. 27.4.2021 - 9 WF 342/21 u. 9 WF 343/21. Die Entscheidungen erscheinen in FamRZ 2021, Heft 12.

[mehr](#)

Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen: Kostentragung Dritter bei ins Internet eingestellten Musteranträgen gegen Maskenpflicht an Schulen

Lesen Sie auf famrz.de bereits jetzt die Leitsätze zu den Beschlüssen des *AmtsG Garmisch-Partenkirchen* v. 3.5.2021 - 1 F 128/21 und 1 F 125/211. Die Entscheidungen erscheinen in FamRZ 2021, Heft 12.

[mehr](#)

Aus dem Heft: Erste Ergebnisse der Studie „Familienmodelle in Deutschland“ (FAMOD)

In Heft 10 stellen Anja *Steinbach*, Lara *Augustijn*, Tobias *Helms* und Stephanie *Schneider* eine neue Studie vor, die das Wohlbefinden von Kindern, die im Wechselmodell leben, untersucht.

[mehr](#)

[Inhaltsverzeichnis der aktuellen FamRZ ansehen](#)



FamRZ bei juris.

4 Wochen gratis testen!

Anbieter im Sinne von § 55 RStV und §§ 5, 6 TMG:

Verlag Ernst und Werner Gieseking GmbH

Deckertstraße 30, 33617 Bielefeld

Postfach 13 01 20, 33544 Bielefeld

Telefon: 05 21-146 74

Fax: 05 21-143715

E-Mail: kontakt@gieseking-verlag.de

Verlagsleiterin/Geschäftsführerin: Dr. iur. Julia Beck

Handelsregister: HRB 31749 Amtsgericht Bielefeld

USt-ID-Nr.: DE 126948669

Steuer-Nr. : 349/5723/0332

FamRZ - Online Redaktion

Dr.-Gessler-Straße 20

93051 Regensburg

Tel.: 0941 - 920 33 0

Fax: 0941 - 920 33 20

Das ausführliche Impressum zu unserem Internetangebot finden Sie [hier](#). Bitte beachten Sie auch unsere [Datenschutzerklärung](#).

[Newsletter abbestellen](#)

| [Email im Browser ansehen](#)